

Sirius: Offener (anonymer) Brief an die Bundestagsabgeordnete Frau Dr. Sahra Wagenknecht.

„Sie thematisieren, wie auch andere ‚demokratische Politiker‘, die oben genannten tieferen Ursachen unserer Lage nicht.“ 20.07.2023.

Sämtliche auch auszugsweise Wiedergaben in allen Medienformaten bedürfen der Erlaubnis. Anmerkungen, Korrekturen, Widersprüche willkommen:

[Kontaktformular](#).

[Warum](#) wir wieder die althergebrachte Schreibweise pflegen.

© 2023 werkvermaechtnisse.de

*

20.07.2023

Sehr geehrte Frau Dr. Wagenknecht.

Kein amtierender deutscher Politiker darf sich momentan höherer Sympathiewerte erfreuen, niemand, der sich im weiten (engen!) Rund des zwanghaft-konsensuellen Medienrummels so eloquent zu behaupten wüßte wie Sie. Wir zollen Ihnen Respekt für Ihre mittlerweile Jahrzehnte währende, gültige Behauptung einer menschlichen Programmatik – im Widerstand gegen alle unnatürlichen, kriminellen Auswüchse einer jeden Realität entfremdeten deutschen Gesinnungspolitik! Der Abstumpfung und Verblendung, der ein ‚erfolgreicher Politiker‘ in aller Regel durch die materielle und ideelle Korruption, der er ausgesetzt ist und die sein Geschäft bestimmt, erliegt – Sie konnten diesen Anfällen/Ausfällen weitgehend trotzen. Wir beglückwünschen Sie!

‚Wir‘ – ein kleiner Kreis parteiloser Freidenker, der sich gegen *jede* politische Zuordnung wehren würde. Am einmütigsten ließen wir uns vielleicht noch hinter dem Ausspruch des deutscher Bildhauers, Schriftstellers und Zeichners Ernst Barlach (1870-1938) versammeln: „Es gibt nur zwei Rassen, die geistige und die ungeistige.“ Wir pflegen den unreglementierten Diskurs, frei *jeder* moralisch-ideologischen Restriktion, wir suchen im Spiel der großen Bewegungen nach Orientierung – im Bedürfnis unseres identitären, integrativen Selbstverständnisses. Derart angewiesen auf unsere geistige Freiheit wollen wir uns in einem Klima allgegenwärtiger Denunziation und Feindseligkeit gegenüber Andersdenkenden nur anonym an Sie wenden.

Wir erwarten also keine Antwort, im Gegenteil: Wir setzen die Anonymität bewußt als Hindernis *gegen* eine Antwort, um sie nur einer Leidenschaft zuzumuten, die sich selbst der Anonymität bewußt widersetzt.

In Ihren jüngsten Auftritten (vom Juli 2023) sprechen Sie – gefordert und bestärkt von abertausend Ermutigungen aus dem deutschen Volk – über die Gründung einer eigenen Partei und Ihre ersten Maßnahmen als ‚neue Bundeskanzlerin‘. Das Thema Parteigründung behandeln Sie zurückhaltend: ‚Es setze große menschliche und organisatorische Kräfte voraus, ein derartiges Unternehmen anzudenken und verläßlich auszuführen.‘ In der zweiten Sache äußern Sie sich konkreter: ‚Der Industriestandort Deutschland, das Rückgrat unseres Wohlstands, ist in Gefahr, daher müssen die Energiepreise gesenkt und die Infrastruktur erneuert werden, auch

eine groß angelegte Reform gegen den Bildungsnotstand in unserem Land sei zwingend geboten, und als Drittes bedürfte es der Einführung eines umlagefinanzierten Rentensystems, um der wachsenden Armut wirkungsvoll zu begegnen'. Zweifelsohne ist Ihnen bewußt, daß es nicht nur bei diesen drei Großbaustellen bliebe, die uns ‚Ihre Vorgängerin‘ als desaströses Erbe hinterlassen hat. An anderer Stelle sagen Sie: „Ja, der Bedarf an einer seriösen Alternative, die Repräsentationslücke, das ist alles da ... aber die AfD ist meines Erachtens keine Lösung. ... Was kann man machen, daß zumindest bei den nächsten Bundestagswahlen wieder ein seriöses Angebot auf den Wahlzetteln steht?“

‚Was kann man machen?‘

Sie sind, sehr geehrte Frau ‚Bundeskanzlerin in spe‘, so intelligent, zu *wissen*, daß nach den Wahlverfahren, wie sie in Deutschland gelten, nach den ‚Mehrheitsverhältnissen‘ (auf dem Papier) und den ‚besitzstandswahrenden‘, also den monopolistischen Kräften, wie der Kapitalismus sie ‚fordert und fördert‘, keine noch so ‚seriöse Alternative‘ irgendeine Chance auf einen augenblicklichen oder zeitnahen und bedeutenden Einfluß auf eine umgekehrte, national-gemeinwohlorientierte, von fremden Staaten unabhängige und völkerrechtlich legitimierte Politik in unserem Land hätte.

Mit jeder neuen Wahlfarce gelangen einer politischen Führungsaufgabe nur *noch weniger Begabte* als in der davorliegenden Legislatur ins Amt – ein geradezu unvermeidlicher Mechanismus einer unfreien, von verdeckten Herrschaftsinteressen gesteuerten Klassengesellschaft, die peinlich-genau restriktiv auf die zunehmenden Spannungen zwischen den Gruppen reagieren muß. Am besten läßt sich das mit dienstbaren Sekundanten ausführen, nicht mit gebildeten Charakteren, fähig des selbständigen Denkens! Die Meinung, das Stimmungsbild, die Interessen des Volkes, *des Souveräns des Staates*: von jeder Regierung, jeder Couleur, wurden und werden sie nach jeder Wahl ‚gewissenhaft‘ und schonungslos ignoriert!

Darin besteht das Grundübel unserer ‚parlamentarisch-repräsentativen Demokratie‘ – unserer Scheindemokratie.

Sie selbst hatten Anfang 2022 diese wesentliche Frage gestellt:

Sahra Wagenknecht: [Leben wir in einer liberalen Demokratie?](#)

Lobbyismus, gekaufte Politik, Meinungsmache – Eine essentielle Linkliste zu einer essentiellen Ausgabe von ‚Wagenknechts Wochenschau‘ vom 13.01.2022.

Wir gehen davon aus, daß der überwiegende Teil unseres Volkes diese Frage eindeutig *verneinen* würde. Wo also wäre zunächst das *Rechtsorgan*, diesem verfassungsfeindlichen, volksverräterischen Zustand Einhalt zu gebieten? – Es existiert nicht, es darf nicht existieren, weil Deutschland kein souveräner Staat sein darf – im Interesse der amerikanischen Herrschaftsideologie, die sich im Namen der ‚Freiheit‘ ungehindert und schrankenlos die Welt unterwirft.

Das Problem unserer Abhängigkeit ist mit dem Ende des II. Weltkriegs entstanden, als es den ‚Siegermächten‘ gefiel, die deutsche Schuld in die Ewigkeit einzutragen und dafür auch unseren ewig-unwidersprochenen Gehorsam zu fordern. Der zentrale Anspruch nach einer vom deutschen Volk *frei zu wählenden Verfassung*, wie es die Gründungsväter des Grundgesetzes bestimmt hatten – noch immer harrt er seiner

Verwirklichung! Wir sind kein freies Volk und haben also auch *keine Wahl*, über unsere Belange zu entscheiden!

„Was kann man machen?“ – Nichts, solange diese Themen/Fragen aus dem öffentlichen Diskurs ausgeklammert werden! Und dieses perfide Spiel, die Tabuisierung der *zentralen Fragen* uns als Grundbedingung für ‚Demokratie und Freiheit‘ auszupreisen, uns seit 80 Jahren von den tatsächlichen, historischen und geopolitischen Fakten abzulenken, sie zu verschleiern, zu beschönigen: das hat zur allgemeinen Verzweiflung bzw. entschiedenen (zwangsläufigen) Apathie unseres Volkes geführt. Und alle, die daran mitwirk(t)en, haben die Interessen unserer Nation verraten. Entsetzt stehen wir derzeit vor dem *grausigsten Beweis* dieser 80jährigen politischen Heuchelei: die *militaristische Haltung* unserer Regierung zum Ukraine Konflikt! Wo sind sie hin, die Lektionen und Mahnungen des II. Weltkriegs zu Antifaschismus, Entnazifizierung, Völkerverständigung, die alles erschütternde Losung: „Nie wieder Krieg!“? – Obsolet, nach taktischen Erwägungen! Unfaßbar: Das europäische Deutschland hofiert, finanziert, kreditiert eine korrupte, faschistoide, kriegslüsterne Mörderbande – die ursprünglichen Aggressoren! – Eine einzige Schande, wohin man schaut! (Die vielleicht umfangreichste deutsche Berichtsammlung zu den Ereignissen in der Ukraine, wie sie die gleichgeschalteten ‚öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten‘ konsequent ignorieren, fände sich [hier](#).)

„Was kann man machen?“

So anmutig-provokant Sie immer wieder auftreten, sehr geehrte Frau Dr. Wagenknecht: zuletzt halten auch Sie bewußt/begabt/bedacht die Regeln der weltbestimmenden Machtverhältnisse ein. Das ist für Sie und Ihre Absichten gewiß vernünftig: Wer vor den Gewalthabern nicht kuscht, wer sich sprachlich, ideologisch, physisch nicht in dem von ihnen vorgegebenen Rahmen bewegt, er wird aussortiert/niedergerissen. Diese Tyrannei beherrscht und füttert auch die mediale Manipulationsmaschinerie. Oskar Lafontaine bleibt ein unvergeßliches Gegenbeispiel für den Mut, zur Wahrheit zu stehen!

Was kann man machen?

Anstelle der von Ihnen (in bester Absicht) vertretenen Positionen, im Falle einer Regierungsbeteiligung den infrastrukturellen Katastrophen entgegenwirken zu wollen, schiene es uns (zusätzlich) angeratener, die *strukturellen Probleme* unserer Verwaltungs- und Rechtsordnung zu thematisieren: Sie werden keine ‚Reformen‘ durchsetzen, wenn Ihnen die Rechtsmittel dafür fehlen, d.h., wenn Sie nicht über die mediale und juristische ‚Gewalt‘ verfügen, diese Veränderungen zu moderieren und zuletzt auch einzuklagen. Dafür bedarf es (jedes einzelne Thema betreffend) der autonomen Willensbekundung durch die Volksgemeinschaft! Also wäre das Wahlrechtssystem an sich zu verändern! – Kein Wort von Ihnen dazu. – Eine Willensbekundung setzt einen öffentlichen Diskurs zur jeweils anstehenden Frage voraus. Diese Aufgabe hätten die Medien zu übernehmen – wie sollte das denkbar sein, im jetzigen Zustand dieser Anstalten? Lachhaft! Denn was bedeutet ‚Diskurs‘: Der Begriff stammt aus dem Lateinischen und bezeichnet das *Verfahren und Instrument* zur sprachlichen und inhaltlichen, von Argument zu Argument methodisch fortschreitenden und schlußfolgernden *Verhandlung*. Ohne diese Praxis und Befähigung vertrocknet das geistige, seelische, weltanschauliche- und damit auch das physische Vermögen des Menschen zu Erkenntnis und Erneuerung. Der von Ihnen erwähnte Bildungsnotstand potenziert/treibt dieses Problem zu fanatischer

Ekstase: Vor allem gehen wir an den Anmaßungen der käuflichen/verlogenen ‚Wissenschaften und Medien‘ zugrunde – die Corona-Akten stehen dafür als apodiktisches Zeugnis! Ohne verlässliche juristische Standards, die derartige *Verbrechen* ahnden und ihre Akteure kategorisch matt und schuldhaft setzten, können Sie keine Reformen herbeiführen! Auch können Sie keine Reform durchsetzen, wenn die Resultate, die aus den Aussprachen und Abstimmungen hervorgingen, nicht auch verfassungsrechtlich abgestützt wären! – Eine strukturelle Verwerfung von ungeheurer Dimension – und kein Wort von Ihnen dazu. – Natürlich, dieserart Rechtsordnung erforderte auch einen grundlegenden Bewußtseinswandel im allgemein-menschlichen Wesen, dessen Fehlen die Erneuerung erschwert...

Anstatt allzuviel zu erhoffen, erscheint es uns geeigneter, zu erörtern, was (vermutlich) geschehen wird, um sinnvolle (vorbereitende/angepaßte) Aktionen/Reaktionen/Maßnahmen davon abzuleiten oder zu ergreifen:

Es ist relativ unwahrscheinlich, daß Sie bei der nächsten Bundestagswahl (selbst bei durchschlagendem Erfolg) 51% Wählerzustimmung erhalten. Das liegt nicht zuletzt an der bedeutendsten Gruppe aller Teilnehmer, nämlich an den (zu Recht) ‚unbelehrbaren‘ *Nichtwählern*, zuletzt waren es 23,4%. Teilen wir die übrigen leidlich ausgewogen auf (wobei wir CSU, Linke und FDP vernachlässigen), bleibt jeder Partei, zu denen wir Ihre neue jetzt hinzurechnen, ein Stimmenanteil von ca. 15% (da gewiß auch weniger AfD-Wähler zu Ihnen abwandern als womöglich erwartet). Wahrscheinlicher ist es dagegen, daß die AfD die ‚Siegerin‘ der nächsten Bundestagswahl wird (zumindest im Osten). Selbst wenn danach sogar gewisse ‚Brandmauern der Verweigerung‘ fielen, dürfte es der AfD immer noch schwer fallen/gemacht werden, eine Regierung (nach üblichem Muster) zu bilden: Die ‚vernünftigen, demokratischen Kräfte müßten sich dann wieder vereinen‘ – um das Wählervotum erneut zu verachten und zu verhindern! Im besten Fall gelänge der AfD die Bildung einer Minderheitsregierung (vgl. dazu [diesen](#) instruktiven Artikel von P. Haisenko, vom 13.07.2023, [hier](#) gesichert). Nur mit ausgesprochenem Glück, das, wie wir alle wissen, gerade *nicht* „sich dem Edeln vereinigen werde“ (F. Schiller: „Worte des Wahns“), erginge es Ihrer neuen Partei lediglich ähnlich. Eine andere Möglichkeit zur Verhinderung ‚unerwünschter Mehrheiten‘ läge im klassischen Wahlbetrug, ganz gleich, ob das nun Sie oder die AfD träfe, hier zählt lediglich die Aufrechterhaltung der uns bekannten ‚legitimierten‘ Willkürherrschaft.

Wir wollen ehrlich bleiben: Sie euphorisieren die Menschen gegen jede rechnerische Vernunft, man könnte auch sagen, Sie spielen mit der großen Sehnsucht nach dem Wandel – sollten aber wissen, daß er unter den gegebenen Wahlrechtsbedingungen *unrealistisch* ist.

Verstehen Sie uns nicht falsch: Wir würden die Gründung einer Partei unter Ihrer Führung begrüßen, ebenso, wie wir Ihre Resolution gegen das deutsche Kriegstreiben in der Ukraine unterstützt haben. Gleichwohl trauen wir Ihrer Sammlungsbewegung (zeitnah-perspektivisch) nicht die Wirkungsfähigkeit zu, die vonnöten wäre, spätestens zur anstehenden Bundestagswahl, die etablierten Strukturen zu erschüttern – und gleich gar nicht in einer Weise, wie nach unserer Einschätzung allein die AfD dazu fähig wäre! Diese Vernunftabwägung folgt nicht nur rechnerischen sondern auch formalen Aspekten: Revolutionäre Massenbewegungen bedürfen einer demonstrativ-konzeptuellen, provokativ-intentionalen Ansprache, die sich vor allem markant-ausdrucksstark von den etablierten/gängigen = *untauglich-*

überholten Verfahren und Gesprächsmustern absetzen muß. Davor scheuen auch Sie zurück und thematisieren, wie auch andere ‚demokratische Politiker‘, die oben genannten *tieferen Ursachen* unserer Lage nicht.

Gefiele es uns nun, noch tiefer zu tauchen, die Entfremdungserscheinungen, die *fundamentale Spaltung* zwischen den Darbietungen unserer Politik und unseren lebenspraktischen Wahrnehmungen in *ganzheitlicher Analyse* zu ergründen und zu beschreiben, suchten wir endlich an den Ursprungsorten nach den *wahren Gründen*, die unsere Hoffnung auf einen nahen Wandel in den politischen Richtungen, auf eine Umkehr hin zu einer überlebensfähigen/lebenswürdigen Gesellschaftsordnung, in der Demokratie, meinungsfreiheitlicher Diskurs, körperliche und geistige Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Völkerverständigung walteten, zunichtemachen – wir stünden zuletzt einem blutgierigen Monstrum gegenüber: unserer inzwischen vollständig-abhängigen Anpassung an das imperialistisch-profitorientierte Wirtschafts- und Wertesystem.

Obwohl sich, dem Ursprung nach, der friedliche Aufstand in der DDR 1989, der zum Sturz des politischen Regimes führte, vor allem gegen die ideologischen Vergewaltigungen durch den Staatsapparat richtete, so konnten sich schließlich auch dort die initiatorischen, revolutionären Motive und Kräfte dieser Massenerhebung nicht durchsetzen: Die Verlockungen des kapitalistischen Systems überblendeten jede vernünftige, entwicklungsfähige, lebenswürdige Alternative. Heute wäre ein derart machtvoller, homogener Volksaufstand undenkbar: der Mehrheit fehlt die *dialektische Bildung*, sie verharret gefällig-fügsam in ihrem Anspruch auf ‚Teilhabe‘ an den Segnungen der ‚freien Marktwirtschaft‘. Doch dieses Wirtschaftskonzept ist ohne Wachstumszwang und Monopolisierung nicht zu haben – und hat uns in eine gnadenlose Feindschaft gegen die Natur, in die Fänge der Kapitalinteressen von Großkonzernen, in die Unterwürfigkeit unter die Gewaltgesetze fremder Nationen getrieben, hat unser Leben (wiederum) erniedrigt und verödet! *Das* ist unser eigentliches Verhängnis: die mörderische Unabwendbarkeit des kapitalistischen Systems – als unserer gesamten sozio-ökonomischen Basis!

Wir skizzieren hier den womöglich entscheidenden/entschiedensten Grund unserer Skepsis darüber, wir dürften alsbald auf eine grundlegende Veränderung unserer deutschen Verhältnisse hoffen – und deuten damit auf die wesenhaft-ursächlichen, die primär-kausalen Zusammenhänge, *die von jeder politischen Kraft oder Formation, so sie aufrichtig nach Reformen strebte*, im Kern aufzugreifen/anzugreifen wären:

Wer sich vom Kapitalismus noch irgendeine ‚Innovation‘ erträumt, er hat das *unbedingt* todbringende Wesen dieser Wirtschaftsform in seiner gesamten Dimension noch nicht erfaßt. Ohne Verkehrung der weltanschaulichen Perspektiven wird es keine R-Evolution geben, egal, welche Bewegung oder Partei sie anzuführen hofft oder vorgibt. Fortgesetzt stünde ihr das selbsterzeugte Tabu im Weg, das die letzte und wichtigste Tür vor jedem ehrlichen Neubeginn versperrt: eine sozialökonomische Ordnung denken, vermitteln und einführen zu können, frei von Ausbeutung, Zerstörung, Gewinnmaximierung, Kartell-, Schuld- und Zinsrechten. – Wer wagte es heute, von den menschlichen Ideen zu sprechen, wie sie in den sozialen, medizinischen und kulturellen Bereichen der DDR (weitgehend) verwirklicht worden waren?! Reflexhaft fallen alle Klappen der Aufnahmebereitschaft zu, sofern von ‚sozialistischen Prinzipien‘ die Rede ist. *Selbstverständlich* schließt sich ein dritter Weg kategorisch aus, wo er nicht national, revolutionär und sozialistisch gedacht ist!

Dagegen völlig banal: Die Struktur des Kapitalismus impliziert ihren Zusammenbruch. Die eskalierenden Ereignisse in der Welt sind Ausdruck für die ungeheure Aggressivität, mit der sich das absterbende System gegen seinen Untergang wehrt: Krieg, Expansion, Unterjochung. Wird es ein chaotischer oder geordneter Zusammenbruch sein? Dem ersten Fall folgt die Anarchie. – Und abermals hier ein wesentlicher Faktor, der die Bildung einer kritischen Masse verhindert, die die Erneuerung ankippen könnte: der Mangel an höherem Menschenbewußtsein...

Was kann man machen? – Bleiben wir redlich:

Nach gewissenhafter Prüfung der augenblicklichen Situation fällt es uns schwer, an einen geordneten Übergang hin zu demokratisch-volkssouveränen Verhältnissen zu glauben – denken wir an die bürgerkriegsähnlichen Ausschreitungen aktuell in Frankreich, eine Auswirkung der *seit Jahrzehnten* dort sich verschärfenden Spannungen zwischen Volk und Staat, ohne jedwede belangvolle Reaktion seitens der Politik! Hinzu: Wer sollte bei uns eine breite, lebendige Initiative zu friedvoller Neuordnung unserer Verwaltungsstruktur und außenpolitischen Verbindlichkeiten anführen?! Die Regierungsverantwortlichen haben die Generationenfolge in der deutschen Politik auf Jahrzehnte buchstäblich kastriert. Spätestens seit 2015, mit der verfassungswidrigen Öffnung unserer Grenzen für alle Notleidenden dieser Erde, zeichnet sich immer deutlicher das Bild des *latenten Versagens* unseres gesamten verwaltungsrechtlichen und parlamentarischen Systems ab. Die tragenden Säulen zur Gewährleistung einer verfassungsgemäßen Ordnung – Legislative, Judikative, Exekutive –, die klassische Gewaltentrennung, geschaffen, um die *Interessen der Bürger* zu verhandeln und umzusetzen, das Grundprinzip schlechthin zur Sicherung von Freiheit und Gerechtigkeit innerhalb eines demokratischen Staates: es hat sich mittlerweile vollständig aufgelöst! So bleibt uns kaum anderes übrig, als den Niedergang unserer Kulturzivilisation (aktionsbereit/gefaßt/verantwortungsbewußt) abzuwarten. Die Geschichte lehrt: Der Mensch gewahrt die Fäulnis seiner Lügen erst im völligen Zusammenbruch seines Wahns, auf dem Totenbett seiner vernunftwidrigen Phantasien.

Wären wir soweit einig, bliebe eine einzige *relevante Frage*: Können wir einen solchen (möglichst geordneten) Zusammenbruch – in den bestehenden Grenzen grundgesetzlicher Normen – beschleunigen? Wir glauben: Ja!

Nach unserer Auffassung (und Annahme) hat sich die AfD als ebendiese Interessenvereinigung *breiter Bürgerschichten* konstituiert: innerhalb der bestehenden Grenzen grundgesetzlicher Normen das eigentlich Unmögliche zu ermöglichen: das widerrechtliche System mit seinen referentiellen Implikationen zur Aufrechterhaltung dieses Systems *zu stürzen*. Das ist ohne ‚Radikalität‘ [lat.-fr. radikal = gründlich, an die Wurzel (der Ursache) gehend] nicht zu bewerkstelligen. Bei all der ehrbaren Beständigkeit, sehr geehrte Frau Dr. Wagenknecht, die in Ihrem schönen Charakter angelegt ist: diese mittlerweile *not-wendige* Radikalität kann ein Mensch alleine nicht aufbringen und tragen.

Natürlich liegt es auf der Hand, daß auch die AfD kein Interesse an den eben umrissenen ‚utopischen‘ oder gar ‚reaktionären Visionen‘ haben dürfte: In ihr versammeln sich (neben einem bedeutenden Teil von Protestwählern) vornehmlich Vertreter des Mittelstandes und der nichtmonopolistischen Bourgeoisie – wie könnten sie entscheidende Veränderungen in den Wirtschaftsverhältnissen und

Wertestrukturen anstoßen wollen! Allerdings, und hier haben wir eine weitere Vernunftabwägung zu treffen: So tragisch die Situation erscheint, so katalytisch darin immer noch das Kraftfeld der AfD:

Die [AfD](#) gründet sich 2013, hat also – *gegen jeden nur denkbaren Widerstand der Meinungsproduzenten* – 10 Jahre gebraucht, um dorthin zu gelangen, wo sie heute steht. Keine andere Massenbewegung in Deutschland wäre fähig, ein ähnlich *folgenreiches, bestimmendes Potential* zu mobilisieren, im Kampf gegen die volks- und vermögensschädigenden, antidemokratischen Strukturen in Deutschland. Die Vorwürfe, es sammelten sich unter den AfD-Sympathisanten rechtsextreme Gruppen, bewerten wir als ideologisches Totschlagargument: Bezahlte Gesinnungswächter und ‚Antirassisten‘ *verunglimpfen, denunzieren, entmündigen* ihre Opponenten – um sich mit ihren Beweggründen nicht rechtschaffen/unparteiisch auseinandersetzen zu müssen! In unserem Verständnis von Pluralität und Diskurskultur dürften *alle Gruppen* ihre Auffassungen *gleichberechtigt* öffentlich vortragen – als Garant zu glaubhaft-überzeugender Verhandlung über ihre Argumente! Auch Sie, geehrte Frau Dr. Wagenknecht, klassifizieren die AfD als rechtsextremistisch, räumen zugleich aber ein, daß jeder, der das konsensuelle Narrativ der politischen Autokraten infrage stellt, a priori als Rechter denunziert wird? Sie schlagen damit (nur etwas ‚sanfter‘) in die gleiche Kerbe, wie sie die meinungsdiktatorischen Lügen- und Lückenmedien schlagen: AfD = rechtsextrem-verfassungsfeindlich! Weit aus *verfassungsfeindlicher* agieren die gegenwärtigen Regierungsparteien und das ihnen willfährige mediale und juristische Kartell: Taktisch-systematisch organisieren sie die Zerrüttung unserer altbewährten strukturellen Ordnung und rechtskonformen Grundsätze! (Überprüfe diese ‚Verschwörungstheorie‘ an [diesem](#) bündigen Artikel des ‚Verschwörungstheoretikers‘ Professor Schwab, vom 16.07.2023, [hier](#) gesichert.) Wenn sich ‚rechte Flügel‘ in einer Partei anerkannt und bestätigt fühlen, so ist dies ein Indiz für die allgemeine „Repräsentationslücke“, die jeder freiheitlich-liberalen Gesellschaftsordnung (im humanistischen Sinne) prinzipiell doch unwürdig sein sollte? Meinungsdictat, Denk-, Sprechverbote: es sind die Kennzeichen für Unfreiheit, Willkür, Despotismus; Fragen, Zweifel, diskonsensuelle Interpretationen: Polarisations- und Geschmacksverstärker, Indikatoren und Sicherheitssignale einer belastbaren, durchsetzungsfähigen, *natürlichen Lebensform*, resistent gegen Unfreiheit, Willkür, Despotismus. Führen wir die Spaltung und Stigmatisierung von Gruppen und Anschauungsmustern fort, oder befreien wir uns von den grotesken Normvorgaben gehirnamputierter Funktionseliten, an Strippen gezogen von psychopathischen Gewalthabern?! Das ist die *relevante Frage*, das brennende Thema in den Herzen und Köpfen der überwiegenden Mehrheit unseres Volkes und anderer Völker! Politische Mandatsträger einer *echten Demokratie* hätten diese Frage zu thematisieren und im verbindlichen Diskurs mit dem Volk zu verhandeln! Sie hätten *keine anderen Befugnisse* als unter Berücksichtigung aller Faktoren im Interesse des Staates und seiner Bürger diese Aussprache zu führen! Die Inkompetenz, die sich an der Oberfläche unserer hierarchischen Strukturen aufgestaut hat – und nicht nur im politischen Raum! – längst ist sie intolerabel! Allein unter diesem Gesichtspunkt erschiene es uns rundweg vernünftiger, es regierten ‚Gruppen oder Flügel‘ unser Land, wenn ihnen nur schon eine *national-kulturelle Erneuerung* am Herzen läge!

Nach unserem Verständnis ist die AfD *definitiv nicht* als faschistisch oder rechtsextrem einzustufen – weil Nationalismus nicht zwangsläufig Faschismus oder Rechtsextremismus bedeutet. Wir können ‚Nation‘, mit allem, was an Tradition, Kultur usw. dazugehört, von ‚Nationalismus‘, beides von ‚Rassismus‘ und alle drei von ‚Faschismus‘, eindeutig unterscheiden. Die aktuelle Entwicklung offenbart, wie

der letztere weitestgehend auch ohne die ersteren (und mitunter in deren ausdrücklicher Negation) auszukommen scheint. Triebkräfte der aktuellen Faschisierung sind eher in der sich verstärkenden Erfolglosigkeit aller ideologischen Mühen der etablierten, staatstragenden Systeme zu suchen, die sich dabei durchaus ‚antifaschistisch‘ geben (vgl. diesen lehrreich-geschichtserinnernden [Artikel](#) von Rainer Rupp, vom 09.05.2023, [hier](#) gesichert).

Was kann man machen? – Versuchen wir, *realistisch* zu bleiben:

Selbst in Anerkennung der konsumtionistisch-materialistisch dominierten Ausrichtung der AfD, erscheint uns die von ihr ausstrahlende Dynamik zur Beschleunigung der anstehenden Prozesse – sogar in Hinblick auf die allgemeine Bewußtseinshaltung in unserer Bevölkerung – am stärksten ausgebildet. Daher sollten wir die AfD nicht aus Protest wählen, sondern aus vollem Bewußtsein der akuten Lage, in der sich unser Land befindet. Wir lesen ihre [programmatischen Zielsetzungen](#) und kommen nicht umhin, sie als *relevante Alternative* zum Vorgabenkonstrukt der amtierenden Blockparteien anzuerkennen. Welches Konzept zur Rettung unseres Landes wäre vergleichbar?! Es geht, simpel gesagt, um nichts weniger als um den Aufbau/Schutz einer gerechten, rechtmäßigen, zukunftstauglichen, zukunftsträchtigen Gesellschaftsordnung. Die anderen Parteien hatten ihre Chance, sie haben sie verwirkt. Jetzt darf/muß auch die AfD zum Zuge kommen – und wir, die wir den fatalen historischen Moment begreifen, sollten sie darin unterstützen. Unserem Verständnis nach verkörpert die AfD das einzig „seriöse Angebot“ mit den größten *temporär-objektiven Aussichten* und der entsprechenden physisch-ideellen Durchsetzungskraft zur Unterstützung einer erstbesten, wünschenswerten Abweichung vom Status quo.

Freundlich grüßt, im Namen unserer kleinen Gruppe,
Sirius.

*

Weiterführende Materialien:

Dr. Hans-Georg Maaßen: [Wo wir stehen, wo wir hingehen und was wir tun müssen](#).
Ein Jahr Ampel-Regierung: „Die parlamentarische Demokratie ist deformiert verloren.“ ‚Südthüringer Rundschau‘, S. 5, vom 04.01.2023.

Sirius: [Wählen oder Nicht-Wählen, das ist hier die Frage...](#)
Episodischer Sinneswandel eines seit 20 Jahren überzeugten Nicht-Wählers zur Bundestagswahl 2021. Juli 2021.

Autorenkollegium werkvermächtnisse.de: [Der UN-Migrationspakt – Wohltat oder Wahnsinn?](#)

Materialiensammlung zum Thema. Veröffentlicht am 15.11.2018.

Gerhard Wolf: [Innenansicht einer Bildungskatastrophe](#).
„Am gravierendsten wurde ... der eklatante Rückgang der Sprach-, Lese- und Schreibkompetenz, also der elementaren Grundvoraussetzungen für die Aufnahme eines geisteswissenschaftlichen Studiums, empfunden.“ 2013.

Oder siehe auch [hier](#) und [hier](#)...